

**Input Vortrag 5. Mai 2014, Bund-Länder-Europatreffen Rechtsextremismus,
Robert Kusche, Opferberatung für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt des
RAA Sachsen e.V.**

Dimensionen rechter Gewalt

Pro Asyl und die Amadeu-Antonio Stiftung haben 2014 bereits 21 Angriffe auf Asylsuchende in Deutschland gezählt, darunter 12 Brandstiftungen. Wie die Opferberatungseinrichtungen für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt in den neuen Bundesländern sowie Berlin, haben im letzte Jahr mindesten 25 Angriffe und 36 Kundgebungen im Umfeld von Unterkünften registriert. Allein in Sachsen waren es 8 Angriffe und 27 Protestaktionen. Die rassistischen Proteste in Schneeberg sowie Hellersdorf entfalteten die größte mediale Aufmerksamkeit.

In meinem Diskussionsbeitrage werde ich den Fokus auf drei Aspekte richten:

1. Angriffszahlen in Deutschland 2013
2. Fokus auf Proteste und Angriffe gegen Asylsuchende
3. Europäische Dimension rechter Gewalt

Ein paar Worte zur Arbeitsweise der Beratungsstellen für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt. Im Sommer 2000 setzt mit dem ersten Civitas Programm die Professionalisierung der Arbeit der zuvor vor allem durch antirassistische sowie antifaschistische Initiativen getragenen Opferberatungsprojekte in den neuen Bundesländern sowie Berlin ein. Hintergrund der Arbeit: Die Betroffenen zu stärken als Antwort auf die rechte und rassistische Gewaltwelle der 1990er Jahre.¹

Rechte und rassistische Gewalt wirkt auf mehreren Ebenen. Die körperliche Unversehrtheit der Betroffene wird durch die Täter in Frage gestellt. Schwere Verletzungen bis zur Morden sind die direkten Tatfolgen für die Betroffenen. Darüber hinaus leiden die Betroffenen sowie deren Angehörige oft Jahrelang unter den psychischen Folgen. Die Betroffenen erleben durch die Gewalt: Ausgrenzung, eine Infragestellung ihrer Identität und können somit in ihrer Lebensplanung schwer erschütterte werden.

Auf einer zweiten und dritten Ebene richtet sich rechte Gewalt gegen die gesamte Gruppe sowie gegen die Gesellschaft als Ganzes. Die Fundamental Rights Agency (FRA) schreibt dazu „Die Täter vermitteln eine besonders erniedrigende Botschaft: Sie betrachten das Opfer nicht als Mensch mit eigener Persönlichkeit, eigenen Fähigkeiten und eigenen Erfahrungen sondern als namenloses Mitglied einer Gruppe, die auf ein einziges Merkmal reduziert wird. Gleichzeitig deuten die Täter damit an, dass die Rechte dieser Gruppe missachtet werden können – oder sogar sollten –, und verstoßen damit

¹ Mehr zu der Entstehungsgeschichte in: Opferperspektive e.V. (Hrsg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt, An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren, Westfälisches Dampfboot, 2013.

eindeutig gegen die zentralen EU-Grundsätze von Demokratie und Gleichheit² und negieren die Existenz der universellen Menschenrechte.

Von rechter Gewalt vor allem betroffene sind:

- Rassismus Betroffene (zum Beispiel Flüchtlinge, Migrant_innen, schwarze Deutsche, Sinti und Roma, Muslim_innen, nicht-weiße ausländische Studierende und nicht-weiße Tourist_innen);
- nichtrechte beziehungsweise alternative Jugendliche und Erwachsene (zum Beispiel Punks);
- politische Gegner_innen von Rechten (antifaschistische Aktivist_innen und alle, die sich gegen die extreme Rechte und ihre Ideologien positionieren, etwa aus Politik, Bürger_innenbündnissen gegen Rechts, Kirchen, Medien);
- von Sozialdarwinismus Betroffene (zum Beispiel Wohnungslose oder Menschen mit Behinderung);
- Menschen, die von der heterosexuellen Norm abweichen (zum Beispiel schwule, lesbische, bisexuelle, trans* oder inter* Personen);
- Jüd_innen.

Hinweise auf einen rechten Hintergrund einer Gewalttat ergeben sich aus:

- der Einstellung der Täter_innen (Anhaltspunkte können sein: abwertende Äußerungen vor, während oder nach der Tat; Kleidung oder Symbole, die Organisation in rechten Gruppierungen, einschlägige Vorstrafen);
- den Umständen der Tat (Auswahl der Opfer, Tatkontext wie Zeit und Ort; Tatzusammenhänge wie wiederholte Übergriffe unterhalb der Gewaltschwelle; Art der Tatbegehung).

Die Arbeit der Opferberatungen hat drei Schwerpunkte:

1. Unterstützung und Beratung der Betroffenen
2. Recherche und die Dokumentation der Angriffe um den Betroffenen ein Unterstützungsangebot unterbreiten zu können
3. Präventionsarbeit: Workshops, Seminare und Vorträge

Zu unterstreichen ist, dass die Wahrnehmung der Betroffenen für unsere Arbeit ausschlaggebend ist.

Bevor ich auf die Angriffszahlen vom letzten Jahr zu sprechen komme lassen Sie mich kurz ein paar Beispiele aus unserer Chronik vorstellen. Damit Sie eine Vorstellung von unserer Arbeit bekommen.

Chemnitz 28. März 2014. Eine Syrische Frau wird auf dem Heimweg zunächst von einem Mann rassistisch beschimpft, sie solle gefälligst deutsch sprechen. Dem nicht genug, im Anschluss versucht er ihr das Kopftuch herunterzureißen und fängt an die Frau mit Tritten und Schlägen zu attackieren.

Dresden 7. März 2014. Es ist Freitagabend eine 34-jährige Mexikanerin wartet an einer Straßenbahnhaltestelle. Plötzlich kommt ein betrunkenener unbekannter Mann auf sie zu gesteuert. Es beginnt mit rassistischen Beleidigungen. Denn greift er zu einer Bierflasche

² http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-factsheet_hatecrime_de_final.pdf

und versuchte auf die Frau einzuschlagen. Sie schafft es gerade noch so den Hieben des Mannes auszuweichen. Der Angreifer lässt jedoch nicht von um ihr ab, im Zuge des Angriffs springt er die Frau an und will sie zu Boden reißen. Nur eingreifende Passanten_innen können den Angreifer von der Frau wegreißen. Die Polizei, die später am Tatort erscheint kann nur noch die Verletzungen der Frau aufnehmen. Von dem Angreifer fehlt jede Spur.

Nur sechs Tage zuvor am 1. März wird ein Tunesier von einem 30 Jährigem Angreifer zunächst rassistisch beleidigt, denn auf einer Straße verfolgt. Nachdem der Angreifer das Opfer gestellt hat, schlägt er ihm unvermittelt ins Gesicht. Die durch einen Zeugen verständigte Polizei kann den Täter stellen. Das Opfer muss im Krankenhaus medizinisch behandelt werden.

Betracht man die Zahlen der Opferberatungsstellen in den neuen Bundesländern sowie Berlin für das Jahr 2013, müssen wir einen Anstieg der Angriffe um 18 Prozent feststellen. 5 Angriffe auf 100.000 Einwohner mit Ausnahme von Brandenburg und Thüringen. Dabei ist die rassistisch motivierte Gewalt ist in allen Bundesländern am höchsten. Von den 737 Angriffen sind 344 rassistisch motiviert, 140 gegen politisch Aktive gerichtet und 134 gegen nicht rechte. Eine Aussage über die Situation in den alten Bundesländern ist zurzeit aufgrund fehlender Opferberatungsstellen sowie Rechercheprojekte nicht möglich.³

In Sachsen waren 85 vom 223 Angriffen im Jahr 2013 rassistisch motiviert. Eine Ursache sind die teilweise offen rassistisch geführten Diskurse in der Gesellschaft. Ich erinnere an dieser Stelle nur an die Fackelmärsche in Schneeberg im letzten Jahr. Fast überall dort wo eine neue Unterkunft für Asylsuchende eingerichtet werden soll, formierte und formiert sich Protest - in Form von Kundgebungen, Unterschriftenlisten oder wie in Schneeberg in Form von Fackelmärschen. Zumeist initiiert von Neonazis wie von der NPD aber auch immer begrüßt, wahrgenommen und unterstützt von der lokalen Bevölkerung.⁴ Das was wir in Deutschland zurzeit erleben, entspringt somit dem Geist der europäischen Abschottungspolitik.

Allein in Hoyerswerda wo Anfang des Jahres 2014 eine neue Unterkunft eröffnete ereigneten sich bereits mehrere Übergriffe. Am 19.04 wurde versucht die Scheiben einzuschlagen. Am 20. April wurden Böller auf die Anlage geworfen und die Bewohner fühlten sich teilweise an Gewehrschüsse erinnert. Am 12. April wurde eine aus Libyen stammende Frau direkt vor dem Heim bedrängt, die Täter hielten mit einem Auto auf dem Bürgersteig auf sie zu. Am 8. April wurde eine syrische Frau auf dem Weg zum Einkaufen aus einen fahrenden Auto rassistisch beschimpft und bespuckt. Am 7.2 wurde ein Marokkaner durch einen Fahrradfahrer tätig angegriffen.

Auch statistisch gesehen nehmen Angriffe auf Unterkünfte zu. Auch wenn die vorliegenden Zahlen mit Vorsicht zu genießen sind. Im Jahr 2012 meldete das BKA 24 Gewalt- und Propagandadelikte. Im Jahr 2013 recherchierten die Opferberatungsstellen 25 Angriffe sowie 36 Kundgebungen. Das BKA kommt auf 58 Angriffe, zählt jedoch auch

³ Pressemitteilung zu der Statistik 2013: <http://raa-sachsen.de/pressemitteilung/items/pressemitteilung-1877.html>

⁴ Pressemitteilung zu der Statistik in Sachsen: <http://raa-sachsen.de/statistik-detail/items/jahresstatistik-2013.html>

Propagandadelikte mit dazu. Bereits 2014 berichtet Pro Asyls und die Amadeu-Antonio-Stiftung von 21 Angriffen.

Rechte Gewalt hat auch eine europäische Dimension, welche bisher zu wenig im Fokus stand. Statistische Angaben über rassistische und rechte Gewalt sind nur sehr schwierig zu erbringen. Die OSCE zählte 2012 über 56.000 Hate Crimes in der OSCE Region. Die teilweise großen Unterschiede in der Statistik ergeben sich aus unterschiedlichen Zählweisen, einem unterschiedlichen Problembewusstsein sowie unterschiedlicher Hate Crime Definitionen.⁵ Nach einer Studie unter 23.500 Menschen mit Migrationshintergrund in Europa der „Fundamental Rights Agency“ (FRA) ergab, dass jeder vierte in den letzten 12 Monaten Opfer eines Hate Crimes wurde.⁶ Unter einem Angriff werden Tätliche Angriffe, Bedrohungen sowie schwere Belästigungen gezählt. Sinti und Roms sowie „Afrikaner“ sind mit 18 Prozent am meisten von Hate Crimes in Europa betroffen. Eine weitere Studie unter 93.000 LGBTs ergab, dass 25 Prozent bereits Gewalt erfahren haben.⁷ 33 Prozent von 6.000 befragten Juden und Jüdinnen in Europa gaben an, dass sie physische oder verbale Gewalt aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit ausgesetzt sind.⁸ Eines der größten Probleme ist, dass 75 Prozent der Angriffe weder der Polizei noch NGOs gemeldet werden. Dies ist auch auf fehlende Unterstützungsangebote für Betroffene in den jeweiligen Ländern zurückzuführen. Die Beratungsstrukturen in den neuen Bundesländern sowie in Berlin haben hier in vielen Punkten durchaus Vorbildcharakter.

Die EU Rahmenrichtlinie 2012/29 „über Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten“ äußert sich auch zu gesonderten Schutzrechten für Betroffene von Hate Crimes. Da Hate Crime Betroffene einer Gefahr der sekundären und wiederholten Viktimisierung, Einschüchterung und Vergeltung ausgesetzt sind.⁹

Mit der Richtlinie wird die Position der Opferberatung durchaus gestärkt, denn die Mitgliedsstaaten sind dazu angehalten, sicherzustellen, dass Opfer einen kostenlosen Zugang zu Opferberatung vor, während und nach einem Verfahren erhalten. Groß sind die Übereinstimmungen zwischen Forderungen der Richtlinie hinsichtlich der Beschaffenheit und des Aufgabenprofils von Opferhilfediensten und den Konzepten der deutschen Opferberatungsstellen.

Zusammenfassung und Ausblick: Die Politik muss die Rahmenbedingungen für eine kontinuierliche Arbeit der Beratungsstellen schaffen und bereitstellen. Dabei ist es wichtig, die Bundesprogramme der letzten Jahre endlich auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen um eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten und der „Projektitis“ entgegenzutreten. Darüber hinaus müssen die Forderungen des NSU Untersuchungsausschuss umgesetzt werden. Dazu gehört beispielsweise, dass bei

⁵ <http://www.osce.org/odihr/108395>

⁶ http://fra.europa.eu/sites/default/files/hate_crime_is_a_reality_in_the_eu_two_new_fra_reports_show_de.pdf

⁷ <http://fra.europa.eu/en/publication/2013/eu-lgbt-survey-european-union-lesbian-gay-bisexual-and-transgender-survey-results>

⁸ <http://fra.europa.eu/en/publication/2013/discrimination-and-hate-crime-against-jews-eu-member-states-experiences-and>

⁹ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:315:0057:0073:DE:PDF>, S. 7 (Anstrich 57)

Gewalttaten gegen typische Opfergruppen von Neonazis ein politisches Tatmotiv durch die Polizei aktiv ausgeschlossen wird. Ein Bleiberecht für alle Opfer rechter Gewalt. Die Unterstützung des Aufbaus gleicher Beratungsstrukturen in den alten Bundesländern. Es wäre wünschenswert, wenn die Grün-Rote Regierung in Baden Württemberg hier eine Vorreiterrolle einnimmt. Bezogen auf Europa benötigen wir eine Vernetzung der vorhandenen Beratungsprojekte sowie eine Diskussion über Beratungsstandards.